

Retail

Newsletter – EU, Österreich, Deutschland, Schweiz

11/2012

- 1 EU – Verbraucherschutz – Richtlinie
- 1 EuGH verschärft Pflichten für Webshops
- 2 Online Versand von Medikamenten nach Österreich zulässig
- 2 Änderung der Textilkennzeichnungsverordnung 1993
- 2 Rabattverbot gilt zukünftig auch für ausländische Versandapotheken
- 2 OGH-Köln: Irreführung von Kunden durch vorzeitigen Abbruch von Aktionen
- 3 Neuerungen von Online Shops
- 4 Neue Regeln bezüglich Preisbekanntgabe
- 5 Aktuell
- 6 Team „Retail“

Europäische Union

EU Verbraucherschutz Richtlinie

Die EU-Verbraucherschutz Richtlinie, die am 22.11.2011 im offiziellen Journal der EU publiziert wurde, soll sicherstellen, dass in der EU sowohl für Konsumenten als auch für Anbieter von Gütern und Dienstleistungen die gleichen Bedingungen gelten. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen nun diese Richtlinien bis zum 13.12.2013 im nationalen Recht umsetzen.

Die Richtlinie hat einen starken Fokus auf den zunehmenden Online Handel. Im Wesentlichen zielt die Richtlinie auf eine Verhinderung von Kostenfallen im Internet, bei denen Konsumenten typischerweise für vermeintlich kostenlose Dienstleistungen „zur Kasse gebeten“ werden. Konsumenten müssen künftig ausdrücklich bestätigen, dass sie sich bewusst sind, eine kostenpflichtige Leistung zu bestellen. Neben einer verbesserten Preistransparenz (Gesamtkosten samt Zusatzgebühren und -kosten müssen offengelegt werden), müssen Zusatzleistungen vom Konsument ausdrücklich durch Anklicken einer entsprechenden Box auf der Website bestellt werden. Die Widerrufsfrist von derzeit 7 Tagen wird auf 14 Tage angehoben, wobei der Konsument ausdrücklich auf dieses Recht aufmerksam gemacht werden muss. Andernfalls steht dem Konsumenten ein einjähriges Widerrufsrecht zu. Schliesslich sind Zusatzgebühren, die teilweise bei der Bezahlung mittels Kreditkarten erhoben wurden, künftig unzulässig. Einschränkungen gibt es auch für Gebühren von Telefonhotlines. Die Richtlinie hat auch Auswirkungen über den EU-Raum hinaus, indem alle Anbieter mit Konsumenten in EU-Mitgliedsstaaten davon betroffen sind.

Österreich

EuGH verschärft Pflichten für Webshops

In Umsetzung der europäischen Verbraucherschutzrichtlinie 97/7 nennt das österreichische Konsumentenschutzgesetz bestimmte Informationen (wie bspw. das gesetzliche Rücktrittsrecht, Informationen über den Kundendienst oder die geltenden Garantiebedingungen) die der Verbraucher spätestens zum Zeitpunkt der Lieferung, schriftlich bestätigt erhalten muss, sofern er diese nicht bereits vor Vertragsabschluss schriftlich oder auf einem für den Verbraucher verfügbaren dauerhaften Datenträger erhalten hat. In der Praxis wurden diese Informationen häufig über einen Hyperlink auf der Website des Unternehmens zur Verfügung gestellt. Dieser Vorgehensweise hat der EuGH nun jedoch endgültig eine klare Absage erteilt und jüngst entschieden, dass die bloße Möglichkeit einen Link anzuklicken, der dem Kunden vor Vertragsabschluss gezeigt oder per E-Mail zugesandt wird, nicht ausreicht, um den Anforderungen des österreichischen Konsumentenschutzgesetzes bzw. der europäischen Verbraucherschutzrichtlinie zu entsprechen.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Mag. Alexander Stolzka
Managing Partner
+43 (1) 51620 150
a.stolzka@eversheds.at

www.eversheds.at

Für den Lieferanten bzw. Betreiber eines Webshops bedeutet dies, dass er sämtliche relevanten Informationen entweder vorab per E-Mail oder aber in Papierform spätestens mit der Lieferung der bestellten Ware zur Verfügung stellen muss. Werden diese Mindestbestimmungen seitens des Lieferanten bzw. Betreibers eines Webshops nicht eingehalten, so kann dies den Verbraucher berechtigen, bis zu 3 Monate nach Vertragsschluss vom Vertrag zurückzutreten oder gar eine unlautere Geschäftspraktik nach dem UWG darstellen.

Online Versand von Medikamenten nach Österreich doch zulässig

Der Oberste Gerichtshof (OGH) stellt in einer aktuellen Entscheidung klar, dass Apotheken aus dem EU-Raum via Online-Versandhandel Medikamente nach Österreich schicken dürfen. Sofern es sich um nicht rezeptpflichtige Produkte handelt und soweit die Medikamente für den persönlichen Bedarf benötigt werden. Weiters halten die Höchstrichter fest, dass das im österreichischen Arzneimittelgesetz enthaltene allgemeine Verbot der Abgabe von Arzneimitteln im Versandhandel gegen EU-Recht verstößt. Zudem sprach der OGH aus, dass die Bewerbung eines Online-Shops für nicht rezeptpflichtige Medikamente, die nur im Versandstaat zugelassen sind, jedoch den in Österreich angebotenen Medikamenten entsprechen, zulässig ist. Diese Entscheidung führt nun dazu, dass österreichische Apotheken, denen ein Versandhandel aufgrund des Arzneimittelgesetzes verboten ist, gegenüber ihren EU-Mitbewerbern benachteiligt sind: Denn sie unterliegen nach wie vor dem Arzneimittelgesetz und können keinen Web-Shop für ihre inländischen Kunden einrichten. Damit liegt aber wohl eine Diskriminierung inländischer Apotheken gegenüber ihren vor allem deutschen und schweizerischen Mitbewerbern vor, die ihren Kundenkreis durch den Online-Handel nun wesentlich vergrößern können.

Änderung der Textilkennzeichnungsverordnung 1993

Am 6.9.2012 ist in Österreich die Änderung der Textilkennzeichnungsverordnung in Kraft getreten. Die Änderung diene vor allem dazu dem Gemeinschaftsrecht zu entsprechen (insbesondere der neuen Textilkennzeichnungsverordnung VO (EU) 1007/2011 und den RL 2011/73/EU bzw. die RL 2011/74/EU). Produkte, die bis 9.11.2011 in Verkehr gebracht worden sind, dürfen weiterhin, jedoch längstens bis zum 9.11.2014, auf dem Markt bereitgestellt werden.

Deutschland

Rabattverbot gilt zukünftig auch für ausländische Versandapotheken

Am 21.09.2012 hat der Bundesrat dem „Zweiten Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ zugestimmt; mit dem Gesetz wird zugleich die Richtlinie 2001/83/EG umgesetzt. Neben zahlreichen weiteren Neuerungen und Änderungen im Bereich der arzneimittelrechtlichen Vorschriften wurde die Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel auf importierte Arzneimittel erweitert. Ausländische Versandapotheken unterliegen daher nunmehr ebenfalls der Preisbindung, so dass insbesondere die Möglichkeiten von Rabatten und Boni zukünftig stark eingeschränkt sind.

OGH Köln: Irreführung von Kunden durch vorzeitigen Abbruch einer Rabattmarkenaktion

Mit Urteil vom 10.08.2012 hat das OLG Köln entschieden, dass eine von einer Einzelhandelskette durchgeführte Rabattmarkenaktion nicht vorzeitig abgebrochen werden darf, sofern dieses Recht nicht in den Teilnahmebedingungen vorbehalten wird; anderenfalls käme es zu einer Irreführung der Kunden. Die beklagte Einzelhandelskette hatte im vergangenen Jahr eine Rabattmarkenaktion mit dem Messerhersteller Zwilling durchgeführt; Kunden konnten beim Einkauf Rabattmarken sammeln und diese anschließend unter Zuzahlung gegen Prämien der Firma Zwilling einlösen. Die Aktion wurde jedoch etwa zwei Monate vor dem in den Teilnahmebedingungen angekündigten Termin aufgrund der unerwartet hohen Nachfrage, die auf 4,5 Millionen Stück geschätzt wurde, abgebrochen, da die Nachfrage die Kapazität der Firma Zwilling erschöpft hatte. Das Gericht argumentierte, dass ein Verbraucher bei der Teilnahme an der Aktion erwarte, dass sich der Einzelhändler so hinreichend mit Prämien eingedeckt habe, dass die Rabattmarken auch am Ende der Aktion noch eingelöst werden können. Sei dies nicht der Fall, liege in der einschränkungslosen Angabe eines Endzeitpunktes eine Irreführung der Marktteilnehmer. Dabei habe die Einzelhandelskette aufgrund vorheriger Aktionen auch mit dem großen Erfolg des Sonderverkaufs rechnen können und sich daher ausreichend bevorraten müssen. Die Revision wurde zugelassen.

Schweiz

Neuerungen für Online-Shops und Allg. Geschäftsbedingungen

Per 1.4.2012 bzw. 1.7.2012 (bezüglich AGB) sind neue Bestimmungen im Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) in Kraft getreten. Neben dem besseren Schutz vor Einträgen in nutzlose Register, Werbeanrufe, Gewinnversprechen im Zusammenhang mit Werbefahrten u.dgl. können mit den neuen Bestimmungen auch missbräuchliche allgemeine Geschäftsbedingungen und Schneeballsysteme besser bekämpft werden.

Im Bereich des elektronischen Geschäftsverkehrs handelt unlauter, wer Waren, Werke oder Leistungen anbietet und es dabei unterlässt:

1. klare und vollständige Angaben über seine Identität und seine Kontaktadresse einschließlich derjenigen der elektronischen Post zu machen,
2. auf die einzelnen technischen Schritte, die zu einem Vertragsabschluss führen, hinzuweisen,
3. angemessene technische Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen Eingabefehler vor Abgabe der Bestellung erkannt und korrigiert werden können,
4. die Bestellung des Kunden unverzüglich auf elektronischem Wege zu bestätigen;

Diese Bestimmungen (Art. 3 lit. s UWG) finden Anwendung bei Online-Geschäften, nicht aber z.B. wenn der Vertragsschluss durch den Austausch von E-Mails oder ähnlichen elektronischen Mitteln stattfindet. Mit dieser Neuerung wurden in der Schweiz im Wesentlichen die Grundsätze der EG-Richtlinie über dem elektronischen Geschäftsverkehr vom 8.1.2000 eingeführt.

Hinsichtlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) handelt gemäss Art. 8 UWG insbesondere unlauter, wer AGB verwendet, die in Treu und Glauben verletzender Weise zum Nachteil der Konsumenten ein erhebliches und ungerechtfertigtes Missverhältnis zwischen den vertraglichen Rechten und den vertraglichen Pflichten vorsehen. Zuvor waren AGB lediglich unlauter, wenn sie geeignet waren, den Kunden in die Irre zu führen. Die

neue Bestimmung orientiert sich demgegenüber an der EU-Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen.

Im Gegensatz zu anderen EU Staaten wie z.B. Deutschland ist allerdings die Schweiz nicht über den Standard der EU-Richtlinie hinausgegangen, welche es den Mitgliedstaaten gestattet, den Schutzbereich auszudehnen. Deutschland wendet mit § 305 ff. BGB diese Regeln nicht bloss auf Verträge von Konsumentinnen und Konsumenten, sondern weitgehend auch auf Unternehmerverträge an.

Neu darf sogar der Bund selbst gegen unlautere Geschäftspraktiken, die Kollektivinteressen gefährden oder verletzen, mittels Straf- oder Zivilklage intervenieren. Zudem können schweizerische Bundesbehörden unter bestimmten Voraussetzungen mit den zuständigen ausländischen Behörden sowie mit internationalen Organisationen oder Gremien zusammenarbeiten, und kann der Bundesrat unter Nennung der entsprechenden Firmen die Öffentlichkeit über unlautere Verhaltensweisen informieren, sofern der Schutz des öffentlichen Interesses es erfordert.

Neue Regeln bezüglich Preisbekanntgabe

Ebenfalls Neuerungen gibt es in der Verordnung über die Bekanntgabe von Preise (PBV). Dieser werden neu zusätzliche Dienstleistungen unterstellt. So sind Veterinäre, Hörgeräteanbieter, Notare, Bestattungsinstitute und Fluggesellschaften künftig gehalten, die Verrechnungssätze oder den Gesamtpreis für von ihnen angebotene Dienstleistungen bekanntzugeben. Für Dienstleistungen bei der Abgabe von Arzneimitteln und Medizinprodukten ist ebenfalls der tatsächlich zu bezahlende Preis zu nennen. Mit der Unterstellung dieser Dienstleistungen unter die PBV wird das bestehende Transparenzdefizit in diesen Branchen behoben.

Für Dienstleistungen in den folgenden Bereichen sind die tatsächlich zu bezahlenden Preise in Schweizerfranken bekanntzugeben:

- Kosmetische Institute und Körperpflege;
- Wäschereien und Textilreinigungen (Hauptverfahren und Standardartikel);
- Flug- und Pauschalreisen;
- Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Abgabe von Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie Dienstleistungen von Tier- und Zahnärzten;
- Bestattungsinstitute;
- Notariatsdienstleistungen

Auch neu ist die Art und Weise der Preisbekanntgabe von Flugreisen (Art. 11 c). Insbesondere sind die anwendbaren Tarifbedingungen zu nennen und der tatsächlich zu bezahlende Preis ist stets auszuweisen. Er muss den eigentlichen Flugpreis sowie alle Steuern, Gebühren, Zuschläge und Entgelte, die unvermeidbar und zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vorhersehbar sind, einschliessen. Überdies ist mindestens der eigentliche Flugpreis auszuweisen sowie, falls diese dazu gerechnet werden, Steuern, Flughafengebühren und die sonstigen Gebühren, Zuschläge und Entgelte, wie etwa diejenigen, die mit der Sicherheit oder dem Treibstoff in Zusammenhang stehen.

Fakultative Zusatzkosten sind schliesslich auf klare, transparente und eindeutige Art und Weise zu Beginn jedes Buchungsvorgangs mitzuteilen, wobei deren Annahme konsumentenseitig ausdrücklich bestätigt werden muss („Opt-in“).

Aktuell

Guide for retailers

Die Eversheds Retail Sektor Gruppe hat im August 2012 einen rund 200-seitigen „Guide for Retailers“ publiziert, der mit dem folgenden Link abgerufen werden kann:

<http://viewer.zmags.com/publication/58ba6b67#/58ba6b67/1>

Webinar „Retail Compliance“

Eversheds bietet regelmässig kostenlose Webinare an. Diese finden in englischer Sprache statt. Das Programm finden Sie unter:

<http://bit.ly/UrPFMY>

Team „Retail“



Mag. Alexander Stoltzka

Managing Partner – Eversheds Österreich

Tel: +43 1 51620 150

E-Mail: a.stoltzka@eversheds.at

www.eversheds.at



Dr. Joos Hellert, LL.M.

Partner – Heisse Kursawe Eversheds, München

Tel: +49 89 545 65 185

E-Mail: joos.hellert@eversheds.de

www.eversheds.de



Dr. Reto Böhi

Partner – Eversheds Schmid Mangeat, Zürich

Tel: +41 44 204 90 90

E-Mail: reto.boehi@eversheds.ch

www.eversheds.ch

Diese Veröffentlichung hat den Stand November 2012. Die darin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und ohne vorherige Beratung im Einzelfall nicht als Entscheidungsgrundlage geeignet. Insbesondere ersetzen sie keine rechtliche Beratung im Einzelfall. Für die Vollständigkeit und Richtigkeit der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen wird keine Haftung übernommen.

© Eversheds Österreich (Wien), Heisse Kursawe Eversheds Rechtsanwälte Partnerschaft (München), Eversheds Schweiz (Zürich)

Eversheds Österreich | Stoltzka & Partner Rechtsanwälte OG mit Sitz in Wien ist im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien unter FN 279 030p 1 eingetragen.

Eversheds Österreich, Heisse Kursawe Eversheds und Eversheds Schweiz sind Mitglieder von Eversheds International Ltd.